

Projektbeschreibung: (Post)koloniales Erbe der Stadt Köln

Die Aufarbeitung des Themas „koloniales Erbe Kölns“ soll gesamtgesellschaftlich erfolgen. Neben einer Reaktion auf die aktuelle gesellschaftliche Diskussion ist für die Stadt Köln die Beschäftigung mit diesem Themenbereich grundsätzlich von hoher gesellschafts- und sozialpolitischer Bedeutung. Gerade Köln, mit seiner 2000-jährigen Geschichte kennt das Thema Kolonialismus von beiden Seiten. Köln hat, wie andere Städte auch, eine Verantwortung, seine Geschichte aufzuarbeiten und damit die Gelegenheit, einen weiteren Schritt hin zu einer vielfältigen Stadtgesellschaft ohne Diskriminierung und Ausgrenzung zu machen. Hierfür bedarf es eines intensiven dialogisch geführten Prozesses innerhalb und außerhalb der Verwaltung.

Durch den vorgeschlagenen Prozess wird die bisherige dezentrale und nicht ausreichend untereinander abgestimmte Bearbeitung des Themas durch verschiedene Ämter strukturiert und ein notwendiger gesamtgesellschaftlicher Dialog eingeleitet. Dieser ist auch erforderlich, um den aktuellen, oft aktivistisch geprägten Aktionen zum Umgang mit dem kolonialen Erbe eine politisch und gesellschaftlich diskutierte und akzeptierte Position entgegenzusetzen zu können.

Konzeptvorschlag:

Für das Projekt werden drei Meilensteine gesetzt:

1. Herstellung einer abgestimmten Verwaltungsmeinung
2. Einleitung eines gesamtgesellschaftlichen, partizipativen Dialogs mit Beteiligten der Stadtgesellschaft
3. Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen

Die Bearbeitung der Meilensteine erfolgt parallel.

1. Meilenstein: Herstellung einer Verwaltungsmeinung (interner Abstimmungskreis)

16 übernimmt federführend die Erarbeitung einer abgestimmten städtischen Position zum Umgang mit dem (post)-kolonialen Erbe. Für das zweite Quartal 2021 werden die beteiligten Dienststellen (s.u.) eingeladen, um die gesamtstädtische Bedeutung der Thematik und das daraus resultierende notwendige Verwaltungshandeln darzustellen. Die fachliche Einordnung erfolgt durch Frau Prof. Dr. Marianne Bechhaus-Gerst, Institut für Afrikanistik der Universität zu Köln, als ausgewiesene Expertin für die Kolonialgeschichte in Köln. Ziele des Austausches sind die Erarbeitung einer abgestimmten Verwaltungsmeinung zum Thema (post)-koloniales Erbe Kölns, die Definierung möglicher Betätigungsfeldern für die Ämter sowie einer entsprechenden Umsetzung in Verwaltungshandeln. Ein weiteres Treffen dieses Abstimmungszirkels ist für das zweite Halbjahr 2021 vorgesehen.

Die beteiligten Ämter sind:

Amt der Oberbürgermeisterin - Europa und Internationales; Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Amt für Integration und Vielfalt; Amt für öffentliche Ordnung, Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster; Amt für Schulentwicklung; Amt für Weiterbildung; Amt für Soziales, Arbeit und Senioren; Amt für Kinder, Jugend und Familie; Amt für Landschaftspflege und Grünflächen; Kulturamt; Stadtbibliothek; Historisches Archiv; Bühnen Köln; Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege; Museumsdienst; Referat für Museumsangelegenheiten

Der Arbeitskreis wird zusätzlich zur abgestimmten Verwaltungsmeinung insbesondere die stadtintern vorhandenen Kompetenzen im Kulturbereich betrachten und die in der Vorlage geplanten Meilensteine 2 und 3 explizit mit den städtischen Kulturinstitutionen beplanen und diese bei allen Maßnahmen inkludieren.

2. Meilenstein: Umsetzung eines gesamtgesellschaftlichen Dialogs (Beteiligungsformat)

Um die Vielzahl der Akteure einzubeziehen, die sich in Zivilgesellschaft, Institutionen und Politik mit der Aufarbeitung der Kolonialzeit in Köln beschäftigen, soll Mitte des zweiten Halbjahres 2021 ein offenes Beteiligungsformat initiiert werden. Dieses sieht Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten vor, um das Thema (Post)-Kolonialismus in der städtischen Öffentlichkeit sichtbar zu machen und zur Auseinandersetzung mit dem Thema aufzurufen. Ziel ist es, das Thema in der Gesellschaft zu verankern und die historischen und aktuellen gesellschaftlichen Bezüge zu kontextualisieren. Es handelt sich dabei um einen langfristigen Prozess, der verschiedene offene Veranstaltungs- und Beteiligungsformate beinhaltet. Dabei sollen die Formate einen niedrigschwelligen Zugang zum Thema bieten, um eine kontinuierliche und zugängliche Mitarbeit der Stadtgesellschaft zu gewährleisten.

Darüber hinaus sollen die Expertise und das Fachwissen der unterschiedlichen Communities der Diaspora in einem Expert*innengremium einbezogen werden. Voraussetzung für die Berufung in das Expertengremium ist die individuelle Expertise in Fragen der Kolonialgeschichte, postkolonialen Theorien, Politik-, Geistes- und Gesellschaftswissenschaft, Migrationsforschung, Gender-Studies, Rassismus- und Diskriminierungsarbeit oder -erfahrung. Die Mitglieder des Gremiums werden überwiegend von den Diaspora Communities für die Dauer von zunächst max. zwei Jahren, vorgeschlagen. Das Gremium arbeitet beratend und soll interdisziplinär und intersektional ausgerichtet sein, mit dem Ziel Ideen und Handlungsempfehlungen im Umgang mit dem kolonialen Erbe Kölns zu erarbeiten. Die Geschäftsführung dieses Gremiums obliegt 16, daneben sollten weitere Vertreter*innen der Verwaltung fester Bestandteil des Gremiums sein. Dies stellt sowohl die kontinuierliche Arbeit des Gremiums sowie die enge Zusammenarbeit mit städtischen Institutionen, Verwaltung und Politik sicher. Für die Mitglieder des Expert*innengremiums, die nicht der Verwaltung angehören, ist eine Aufwandsentschädigung vorgesehen.

3. Meilenstein: Ausarbeitung und Umsetzung von Ideen und Handlungsempfehlungen

Der verwaltungsinterne Abstimmungskreis soll ab 2022 zweimal im Jahr tagen, um die Handlungsempfehlungen und Ideen des Expert*innengremiums sowie Anregungen aus der Stadtgesellschaft zu bewerten und in Vorschläge für das Verwaltungshandeln umzusetzen. Eine regelmäßige Unterrichtung der politischen Gremien über die Arbeit des Expert*innengremiums erfolgt in einem sechsmonatigem Turnus.

16 verfügt über die notwendige Expertise und die Kontakte in die unterschiedlichen Communities. In der Abteilung Vielfalt wurde 2016 im Rahmen der Umsetzung des Diversity Konzeptes die Stelle zum Abbau von Intoleranz, Ausgrenzung und Diskriminierung (IDA) eingerichtet. Diese Stelle hat qua Aufgabenbeschreibung die Funktion, gesellschaftliche Entwicklungen zu beobachten und Diskurse zum Abbau von Mehrfachdiskriminierung zu begleiten. Aus dieser Funktion heraus wurde bereits 2019 ein erstes inhaltliches Konzept zum Umgang mit dem Thema Postkolonialismus erarbeitet. Operativ wurde dieses Konzept begleitet durch Projekte von Dritten, die über Drittmittel akquiriert und für die konzeptionelle Umsetzung verausgabt wurden.

Ein internationaler Austausch im Rahmen der Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR), der die Stadt Köln angehört, sowie mit den Partnerstädten Kölns ist wünschenswert und würde ein starkes Zeichen der internationalen Vernetzung der Stadt Köln setzen.